

Wahlprüfsteine - OB-Kandidat*innen Potsdam 2018

Janny Armbruster, Bündnis 90/Die Grünen

Vorbemerkung



Als Oberbürgermeisterkandidatin stehe ich für die klare Haltung von Bündnis90/Die Grünen zu den von Ihnen angesprochenen Fragen. Wir Bündnisgrünen haben für die Gleichstellung von Frauen, für Chancengleichheit aller Menschen, für Inklusion, Integration und Teilhabe schon immer an vorderster Stelle gekämpft. Und wir tun es auch heute und in Zukunft, allen populistischen Tendenzen zum Trotz, wie sie sich leider in anderen Parteien breit machen. Ich bin darauf stolz und sehe

meine politische Arbeit als Beitrag dazu, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der jedwede Diskriminierung überwunden ist, und sich Menschen als Menschen begegnen, die alle die gleiche Entwicklungschancen haben.

Das gilt auch für die Stadtgesellschaft. Als Oberbürgermeisterkandidatin will ich auch für unsere Stadt eine Kommune, in der Frauen und Männer gleichberechtigt, selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben. Mädchen und Frauen ebenso wie Jungen und Männer sollen so leben können, wie sie es wollen. Ich arbeite für eine weltoffene, tolerante und solidarische Stadtgesellschaft, die einbezieht anstatt zu spalten. Dies gilt ganz besonders für Menschen, die es nicht leicht haben. Auch Potsdam hat Flüchtlinge aufgenommen und gezeigt, dass hier eine echte Willkommenskultur gelebt wird.

Als Oberbürgermeisterin möchte ich nicht nur selbst in allen städtischen Politikfeldern auf diese Vision hinarbeiten, sondern alle Möglichkeiten der Kommunalpolitik dafür einsetzen. Viele Akteurinnen und Akteure engagieren sich dafür in unterschiedlichen Initiativen, Vereinen und Organisationen: Viele engagieren sich für eine solidarische und integrative Flüchtlingspolitik, andere im Abbau von Barrieren für Behinderte und viele in der Inklusion. Auch die Stadtverwaltung selbst verfügt mit dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt über einen Hebel, dieses Engagement zu unterstützen. Ich würde als Oberbürgermeisterin diesen Hebel gerne noch wirkungsvoller einsetzen, indem wir das Integrationskonzept aber auch den lokalen Teilhabeplan oder den verwaltungsinternen Gleichstellungsplan noch aktiver und konsequenter umsetzen. Die Mittel, mit denen bislang Projekte gefördert werden, sind viel zu bescheiden und die Kriterien ihrer Vergabe noch nicht sehr transparent. Auch möchte ich gerne, dass die Stimme des Behindertenbeirats und des Beirats für Migration nicht nur von der Stadtpolitik gehört, sondern auch in praktische Politik umgesetzt wird.

Zu Ihren Fragen:

Integration / Inklusion

Welche Konzepte haben Sie für die Integration unterschiedlicher Migrantinnengenerationen?

Die gesellschaftliche und politische Integration von MigrantInnen unterschiedlichen Alters ist eine wichtige Aufgabe. Sie erfordert neben den wichtigen gesetzlichen, finanziellen und konzeptionellen Rahmenbedingungen, die gesellschaftliche Akzeptanz und die Aufnahmebereitschaft der heimischen Bevölkerung. Auch ist der Wille der MigrantInnen in ihrer neuen Heimat perspektivisch heimisch zu werden eine Voraussetzung.

Wenn wir von einer gelungenen Integration sprechen sind mir als Oberbürgermeisterin folgende Ziele wichtig:

1. Unterbringung: hier möglichst kurze Übergangszeiten von der Gemeinschaftsunterkunft in eigene Wohnung.
2. Vermittlung von Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg.
3. Breites Beratungsnetzwerk aber dabei zentrale Anlaufstellen für Beratung.
4. Stadtverwaltung als Dienstleister –Servicestelle/Ausländerbehörde als Willkommensbehörde.
5. Kinderbetreuungsplätze für Kinder.
6. Schulische Integration und dabei Augenmerk auf gute Durchmischung der Klassen.
7. Qualifizierungsmaßnahmen/Ausbildung – Motivation der MigrantInnen nutzen.
8. Arbeitsmarktintegration – Befähigung zur Gründungen und Aufnahme der Arbeit.
9. Gesellschaftliche Integration bedeutet auch politische Partizipation – Migrantenbeirat der Stadt gutes Instrument.
10. Bündnis Potsdam bekennt Farbe und die Servicestelle für Tolerantes und Sicheres Potsdam (TOSIP) weiter aktiv einsetzen auch gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus oder Angst vor dem Islam.
11. Niederschwellige Angebote für Migrantinnen (Rollenverständnis in der Ehe) Frauenzentrum wichtige Rolle.

Was verbinden Sie mit Inklusion und wie wollen Sie diese in der LH Potsdam voran bringen?

Eigentlich, wissen wir inzwischen viel darüber, wie wichtig Inklusion ist, gerade auch in einer Stadtgesellschaft, die sich immer weiter spaltet und auseinanderfällt:

Inklusion, d.h. das Zusammenleben, Lernen und Arbeiten mit Menschen mit Behinderung – Europäische Konvention beachten – Antidiskriminierung vorleben.

Früh damit anfangen – bereits in der Kita und Schulen – hier gutes Beispiel Integrationskita am Kanal. Leider ist die Akzeptanz im schulischen Bereich noch nicht überall vorhanden, manche Eltern von „gesunden“ Kindern befürchten, dass ihre Kinder nicht entsprechend schnell vorankommen.

Wir wissen inzwischen nach vielen engagierten Inklusionsprojekten, wie schwierig es ist, Inklusion im Alltag zu realisieren, ohne die Beteiligten zu überfordern. Deshalb sage ich auch ganz klar: Inklusion geht nicht ohne wesentlich mehr qualifiziertes Personal in allen Bildungseinrichtungen. Das heißt: Wir müssen von der rot-roten Landesregierung verlangen, dass sie nicht nur davon redet, sondern die Kitas und die Schulen und alle beteiligten Einrichtungen mit so viel Personal ausstattet, dass Inklusion tatsächlich gelingen kann.

Barrierefreiheit in der Stadt ausbauen.

Arbeit/Beruf

Meinen Sie, dass die Qualifizierungsangebote für arbeitssuchende Frauen im Jobcenter Potsdam ausreichend sind und wie gewährleisten Sie die faire Bezahlung der Referentinnen?

Ich kann diese Frage leider nicht wirklich beurteilen, werde mich aber erkundigen. Die Oberbürgermeisterin hat allerdings meines Wissens auf die Angebote und Finanzierung des Jobcenter nur sehr begrenzt Einfluss, da es sich hier vor allem um eine Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit handelt. Diesen Einfluss werde ich gegebenenfalls geltend machen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, für die Wirtschaftsförderung der LHP speziell Gründerinnen und Unternehmerinnen als Wirtschaftsfaktor sichtbar zu machen?

Berufliche Selbständigkeit bietet Entwicklungspotenzial. Immer mehr Frauen sind in den Freien Berufen, beispielsweise als Unternehmensberaterinnen, Ärztinnen oder Kreativschaffende aktiv. Bundesweit sind etwa 10 Prozent der Frauen unternehmerisch selbständig. Selbstständigkeit ist für jene eine vielversprechende Alternative zu abhängiger Beschäftigung. Hohe Monatseinkommen werden häufiger von selbständigen Frauen als von abhängig beschäftigten Frauen erzielt. Zudem bietet die selbständige Erwerbstätigkeit Raum für flexiblere Arbeitszeitgestaltung. Insofern sollte die Wirtschaftsförderung sich für mehr Frauen in der Wirtschaft stark machen und es sollten Frauengründer-Programme unterstützt oder gar ein eigenes städtisches Programm aufgelegt werden.

Stadt als Arbeitgeber

Frauen und Männer sollen auch in unserer Stadt so leben können, wie sie es wollen. Zu den Voraussetzungen gehört, dass Frauen am gesellschaftlichen Wohlstand, am Einkommen und Vermögen gleichberechtigt teilhaben. Es geht um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit in allen Lebensphasen. Da gibt es noch einiges zu tun. Mehr Frauen – gerade auch in unserer ostdeutschen Stadt - sind berufstätig. Aber viel zu oft arbeiten sie in Minijobs oder prekärer Beschäftigung. Sie werden schlechter entlohnt als Männer. Soziale Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden nicht angemessen bezahlt.

Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Stadt Potsdam, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchzusetzen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen?

Da, wo wir daraufhin wirken können, also in unseren städtischen Unternehmen, werde ich durch einen klar definierten Tarifvertrag dafür sorgen.

Wie gehen Sie die interkulturelle Öffnung in der Verwaltung und den städtischen Betrieben an?

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sollte ein wichtiger Bestandteil unserer kommunalen Integrationspolitik sein. Hier geht es darum, dass wir bei der Personal- und Organisationsentwicklung einen gleichberechtigten und ungehinderten Zugang aller Einwohner zu den Dienstleistungen und Angeboten unserer Stadt sicherstellen.

Integration von Migranten in der Öffentlichkeit → Welcome Center statt Ausländerbehörde – gern mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Kulturen.

Integration hat eine sehr hohe kommunalpolitische Bedeutung, deshalb werde ich die Umsetzung des städtischen Integrationskonzeptes aktiv befördern.

Interreligion

An welcher Stelle setzen Sie sich für einen interreligiösen Austausch ein?

Da ich selbst keiner Religion angehöre, bin ich persönlich an keiner kirchlichen oder religiösen Initiative zum interreligiösen Austausch beteiligt. Dieser Austausch kann nur gelingen, wenn er zwischen den Religionen selbst in Gang kommt. Ich würde allerdings als Oberbürgermeisterin jedes Projekt fördern, dass dazu beiträgt. Weil es zu meinen erklärten Zielen gehört, den wachsenden Spaltungstendenzen der Stadtgesellschaft durch alle möglichen Formen des Dialogs entgegenzuwirken.

Es wäre schön, wenn mit religionsübergreifenden Veranstaltungen insbesondere Frauen verschiedener Glaubensrichtungen zueinander finden. Diese könnten kultureller oder religiöser Art sein, zum Beispiel gemeinsame Bet-Veranstaltungen für den weltweiten Frieden im öffentlichen Raum, Tag der Religionen mit Vorstellung aller in Potsdam vorhandenen Gemeinden o.ä.

Trotz aller Bemühungen gibt es keinen Raum für muslimische Frauen ihre Religion auszuüben und in den Austausch zu gehen - Was werden Sie dagegen tun?

Es gehört zu den besten Vermächtnissen des alten und des neuen Potsdamer Toleranzedikts, dass hier alle Menschen ihre Religion leben können. Deshalb unterstütze ich die Religionsgemeinschaften, dafür ihren Raum zu finden. Das heißt, ich werde im Gespräch mit dem zuständigen Imam nach geeigneten Räumlichkeiten suchen, damit auch muslimische Frauen ihre Religion ausüben können.

Wohnen / Bauen / Stadtentwicklung

Wie wollen Sie finanzierbaren Wohnraum insbesondere für Alleinerziehende, Rentnerinnen und Studentinnen mit geringem Einkommen und für Frauen in Notsituation zukunftsicher zur Verfügung stellen?

Dieses Thema betrifft Frauen und Männer gleichermaßen. Es wird eine der dringlichsten Aufgaben in unserer Landeshauptstadt sein, trotz schnellen Wachstums bezahlbaren Wohnraum bereitzuhalten. Dies bedarf nicht nur einer strategischen Steuerung des Wachstums, sondern auch einer Implementierung von entsprechenden Maßnahmen wie beispielsweise die Vorgabe an Investoren in Form von städtebaulichen Verträgen, die einen Anteil an Wohnungen mit Sozialbindung verbindlich festschreiben.

Welche sind für Sie die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen bezogen auf das Wohnen, Bauen und die Stadtentwicklung in der LHP und wie kann die Beteiligung von Frauen in diesen Fragen gestärkt werden?

Diese Fragen können letztlich nur die Mädchen und Frauen Potsdams selbst beantworten. Dazu brauchen wir entsprechende Beteiligungsformate, die es in geschützten, niedrighwelligen Räumen ermöglichen, dass sich Mädchen und Frauen entsprechend artikulieren. Zum Beispiel

scheint mir das Autonome Frauenzentrum der rechte Ort zu sein, um in Form öffentlicher Veranstaltungen die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen zu diesen Themen zu ermitteln und an die Oberbürgermeisterin zu vermitteln, um entsprechende diese durch Verwaltungshandeln umzusetzen. Andere Einflussmöglichkeiten bieten auch spezielle Angebote der Parteien, um politischen Einfluss zu nehmen. Beispielsweise hat die Grüne Jugend mit ihrem Frauen-Stammtisch ein offenes Veranstaltungsformat entwickelt, das solche Beteiligungsmöglichkeiten bietet. Je intensiver sich Frauen und Mädchen mit ihren spezifischen Bedürfnissen politisch artikulieren, desto größer ist die Chance, dass sie Eingang in die Stadtpolitik findet und ihre Entscheidungen zur Stadtentwicklung.

Generationengerechtigkeit

Welche Maßnahmen bringen Sie zur Bekämpfung von Altersarmut mit?

Hier verweise ich auf die Ziele und der Bündnisgrünen zur Bekämpfung von Altersarmut und die Vorschläge der Partei für ein solides und solidarisches Rentensystem

(<https://www.gruene.de/programm-2017/a-bis-z/wir-sorgen-fuer-eine-stabile-rente-und-ein-gutes-leben-im-alter.html>)

Wie sind Ihre Ideen zur Verbesserung der Situation von Fachkräften in Kita, Hort und Schule und in der Weiterbildung?

Pädagogische Fachkräfte müssen endlich von der Gesellschaft den Platz zugewiesen bekommen, der ihnen gebührt: Gut entlohnt, Teilzeitarbeit möglich, und die nötige Anerkennung. Denn schließlich bilden und betreuen Pädagoginnen und Pädagogen, Erzieherinnen und Erzieher, oder Mitarbeiter der Tagespflegestellen das Wertvollste unserer Gesellschaft: unsere Kinder, die in Zukunft auch Potsdam gestalten. Hier dürfen wir nicht in Kategorien denken, sondern sollten einen radikalen Wandel anstreben, in dem Fachkräfte mitbestimmen können. Das Land Brandenburg könnte hier mehr Mut zeigen: Fachkräfte sollten in demokratischen Verfahren ihr Gehalt selbst bestimmen, in der Weiterbildung mitreden können, in Kitas und auch in Inklusionsklassen den Bedarf an Stellen selbst ermitteln. Dann kämen wir endlich in eine Situation der angemessenen Bezahlung, ausreichend Personal und frohe Fachkräfte ohne Burnout und hohe Krankmeldungsanzahlen.

Finanzen

Was verstehen Sie unter einer geschlechtergerechten Mittelverteilung im städtischen Haushalt? Wie ist Ihre Position dazu?

Es liegt eine große Chance in einer geschlechtergerechten Mittelverteilung (Gender Budgeting). Dabei werden alle haushaltspolitischen Entscheidungen systematisch dahingehend geprüft, ob sie zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen.

Die finanzielle Förderung der Projekte des Frauenzentrums Potsdam sind 100 Prozent freiwillige Leistungen. Wenn Sie Oberbürgermeisterin werden, wie setzen Sie sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Projekte ein?

Das autonome Frauenzentrums Potsdam leistet eine enorm wichtige Arbeit bei der Umsetzung frauenpolitischer Zielstellungen der Stadt und zur Schaffung einer gleichberechtigten Gesellschaft, in der Fraueninteressen integriert sind. Es ist für mich selbstverständlich, diese Arbeit nicht nur zu unterstützen sondern auch zu fördern. Insgesamt sind die Fördermittel für solche Projekte im städtischen Haushalt zu gering.

Frauen und Mädchen

Halten Sie die Hilfs- und Beratungsangebote für Frauen und Mädchen in der Landeshauptstadt für ausreichend und dauerhaft finanziert?

Die vorhandenen Angebote sind m. E. ausreichend, sie sind aber vielen Frauen und Mädchen oft gar nicht bekannt. Sie sollten eine Planungssicherheit in der Finanzierung bekommen (inklusive Marketing-Budget) und nicht alle ein bis zwei Jahre neue Anträge stellen müssen. Dies wäre auch mit einer laufenden Evaluierung verbunden, damit eventuell veränderten Gegebenheiten auch mit neuen Konzepten begegnet werden kann.

Was unternehmen Sie dafür, dass herausragende Frauen der Landeshauptstadt bei Ehrungen angemessen berücksichtigt werden?

Hierfür bieten sich mehrere Wege an: Insbesondere bei der Vergabe der Straßennamen achtet die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen bereits seit vielen Jahren darauf, dass herausragende Frauen mit ihrem Namen zum Zuge kommen. Auch sehe ich noch ein Potential, weitere Ehrenbürgerinnen ins Buch der Stadt aufzunehmen. Hier könnte ich mir eine zumindest paritätische Ehrungsvergabe vorstellen, zumal bisher fast ausschließlich Männer geehrt worden sind. Auch finde ich es wichtig, dass herausragende Frauen in wichtigen Positionen in Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft deutlicher als bisher öffentlich in Erscheinung treten und gebührend gewürdigt werden. Sie sind wichtige Vorbilder und ermutigen dazu, in ihre Fußstapfen zu treten. Als Oberbürgermeisterin wäre es mir eine Freude, solchen Frauen bei entsprechenden Anlässen die gebührende Ehre zu erweisen.